

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER VERBAND FÜR SOZIALE STRAFRECHTSPFLEGE, Straffälligen- und Opferhilfe e.V.

Jahresbericht 2009

1. Struktur des Landesverbandes

Als Schleswig-Holsteinischer Verein für Gefangenenfürsorge am 17. März 1951 gegründet, besteht der Schleswig-Holsteinische Verband für soziale Strafrechtspflege; Straffälligen- und Opferhilfe 2009 im 58. Jahr.

Per 31.12.2009 waren im Landesverband 49 institutionelle Mitglieder organisiert. Im Berichtsjahr wurden der Verein gegen Jugendgewalt Flensburg, das Grone Bildungszentrum sowie der CVJM auf der Vogelfluglinie neu in den Verband aufgenommen.

Im Berichtszeitraum fand eine Mitgliederversammlung statt. Bei den anstehenden Vorstandsneuwahlen gab es lediglich eine Veränderung gegenüber der vorherigen Zusammensetzung: Wolfgang Gottschalk (Justizministerium) kandidierte nicht erneut für den erweiterten Vorstand, an seine Stelle wurde Tobias Berger (stv. Anstaltsleiter der JVA Neumünster, Vorstand Norderhelp e.V.) gewählt. Neben den weiteren turnusmäßigen Tagesordnungspunkten wurde über den Fortgang der internationalen Projekte des Landesverbands berichtet. Es wurde ferner über den Stand der Verhandlungen mit dem MJAE im Hinblick auf Zuwendungsverträge für Freie Träger diskutiert. Hier hat es keine Fortschritte gegenüber den Vorjahren gegeben. Um eine größere Unabhängigkeit vom Justizministerium zu gewährleisten und leichter Drittmittel für die soziale Strafrechtspflege akquirieren zu können, wurde die im Anschluss an die Mitgliederversammlung angesetzte Gründungsversammlung für einen Förderverein befürwortet.

Der geschäftsführende Vorstand des Landesverbands traf sich im Berichtsjahr zu vier Sitzungen, der erweiterte Vorstand zu zwei Sitzungen.

Der Vorstand setzte sich im Berichtszeitraum wie folgt zusammen:

| | |
|-------------------------------|--|
| Vorsitzender | Prof. Dr. Heribert Ostendorf, Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention an der Universität Kiel |
| Stellv. Vorsitzende | Anja Holthusen, Dipl. Sozialarbeiterin, Forum Sozial e.V. |
| Kassenwart | Reiner Braungard, Dipl. Sozialpädagoge, Leitung soziale Integrationshilfen, Evangelische Stadtmission Kiel gGmbH |
| Schriftführerin | Britta Behr / Krüger, Dipl. Sozialpädagogin, Mitarbeiterin im Justizministerium des Landes Schleswig-Holstein, Abt. 2 |
| Beisitzerrinnen und Beisitzer | Ralph Döppler, Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Itzehoe Wolfgang Gottschalk, Jurist, Vollzugsleiter JVA KI und Auslandsprojektkoordinator MJAE (bis 27.04.2009) Tobias Berger, stv. Leiter der JVA Neumünster, Vorstand Norderhelp e.V. (ab 27.04.2009) Lutz Holtmann, Dipl. Sozialpädagoge, Mediator, AWO Kreisverband Neumünster |

Peter Niedermeier, Dipl. Sozialpädagoge, Bewährungshelfer, Bewährungshilfe Elmshorn
Kerstin Olschowsky, Dipl. Sozialpädagogin, Geschäftsführerin Resohilfe Lübeck
Andreas Pahlke, Dipl. Volkswirt, Bereichsleiter soziale Hilfen, Vorwerker – Diakonie, Lübeck
Horst Walders, Bankkaufmann, Schuldnerberater, Lichtblick Kiel e.V.

Als Verwaltungsangestellte in Teilzeitbeschäftigung war Marlies Gebauer im Berichtszeitraum beim Landesverband mit 10 Wochenstunden (zuzüglich projektgebundener weiterer Stundenkontingente) tätig.

Als Geschäftsführer des Landesverbands war im Berichtszeitraum Joachim Tein mit einem Kontingent von 10 - 15 Wochenstunden (zuzüglich projektgebundener weiterer Stundenkontingente) beschäftigt.

Die Geschäftsstelle des Landesverbands wurde im Berichtszeitraum weiterhin gemeinsam mit der Stiftung Straffälligenhilfe Schleswig-Holstein betrieben. Kontakt: (Von-der-Goltz-Allee 93, 24113 Kiel, Tel. 0431-64661, Fax 0431-643311; bis 30.11.2009), Ringstr. 76, 24103 Kiel, Tel. 0431-2005668, Fax 0431-72984933 (ab 01.12.2009), E-Mail: landesverband@soziale-strafrechtspflege.de, Internet: www.soziale-strafrechtspflege.de.

2. Zweckerfüllung

2.1 Allgemeines

Seit dem 01.01.2004 erhält der Landesverband vom Justizministerium des Landes Schleswig-Holstein eine institutionelle Fehlbedarfsförderung mit Höchstbetragsbegrenzung von z. Zt. 35.000 EUR pro Jahr.

Die vom Ministerium geförderten Zwecke und Aufgaben des Landesverbandes sind auf Grundlage der Vereinbarung zwischen Ministerium und Landesverband vom November 2003 und in Anlehnung an den § 3 der Satzung des Landesverbands, in den seit 01.01.2008 geltenden Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes, hier IV.2, folgendermaßen definiert:

Der Landesverband soll

- die Anliegen der Straffälligenhilfe auf Landesebene geltend machen
- die gesellschaftliche Integration von Straffälligen und ihren Angehörigen fördern
- Maßnahmen in den Bereichen der Straffälligen- und der Opferhilfe unterstützen und
- Konzepte im Rahmen einer sozialen Strafrechtspflege fortentwickeln

Die Messbarkeit der Zielerreichung soll durch eine Überprüfung der Umsetzung folgender, daraus ableitbarer konkreter Arbeitsaufträge erreicht werden:

- Beratung und Unterstützung der Mitgliedsorganisationen, der Landesarbeitsgemeinschaften und entsprechender Initiativen
- Beratung und Unterstützung der integrierten Beratungsstellen und der regionalen Koordination und Kooperation
- Mitwirkung bei der fachlichen Fortentwicklung der Straffälligenhilfe in Schleswig-Holstein
- Durchführung der jährlichen Fachtagungen zur Fortentwicklung der Straffälligenhilfe in Schleswig-Holstein
- Erarbeitung der Informationsbroschüre „Rundbrief Straffälligenhilfe“

Besondere Bedeutung misst die Förderrichtlinie den Aufgaben „Durchführung der jährlichen Fachtagung“ und „Herausgabe des Rundbriefs“ (nun: Zeitschrift für soziale Strafrechtspflege) zu.

Die so definierten Zielperspektiven und Arbeitsaufträge sind im Jahr 2009 folgendermaßen umgesetzt worden:

Für das Berichtsjahr zu beachten ist, dass durch außerplanmäßige Spenden- und Bußgeldeingänge im Jahr 2008, die auf das Jahr 2009 übertragen werden konnten, zusätzliche Aktivitäten in Ergänzung zu den institutionell geförderten Leistungen möglich waren. Im Berichtsjahr konnte aus diesen Mitteln ein verstärktes Engagement in der Entwicklung von zukünftigen Konzepten des Übergangsmagements fortgeführt werden.

2.2 Beratung und Unterstützung der Mitgliedsorganisationen, der Landesarbeitsgemeinschaften und entsprechender Initiativen

Auf Wunsch des Justizministeriums wurde im Berichtsjahr weiterhin ein aus Bußgeldern gespeister Fonds zur Begleichung von nicht versicherten Schäden, die gemeinnützige Arbeiter/innen bei ihren Einsatzstellen verursachen, verwaltet. Der Verwaltungsaufwand kann, ergänzend zum regelmäßigen Stundenkontingent, mit einer Fallpauschale aus Mitteln des Fonds abgedeckt werden.

Die Landesarbeitskreistreffen „Schuldnerberatung in den JVAen“, „Ambulante Maßnahmen nach § 10 JGG“, „Ausbildung und Begleitung von Ehrenamtlichen (länderübergreifend)“ und „Vermittlungsstellen in gemeinnützige Arbeit in freier Trägerschaft“ wurden von der Geschäftsstelle aus koordiniert. Es wurden Vorgespräche zur Gründung einer LAG „Suchtkrankenhilfe in den JVAen“ geführt. Der Geschäftsführer besuchte mehrere Sitzungen der LAG Täter-Opfer-Ausgleich.

In der Vor- und Nachbereitung der LAK – Sitzungen wurden durch die Geschäftsstelle zahlreiche Themenbereiche der sozialen Strafrechtspflege bearbeitet und Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen koordiniert. Themenschwerpunkte waren u. a.: Übergangsmangement von der Haft in die Freiheit (Ziel: landesweites Konzept für eine durchgängige Betreuung), Probleme der SGB II und XII in der Straffälligenhilfe - Kooperation von ARGEn und Optionskreisen mit der Straffälligenhilfe (Ziel: u. a. Nutzbarmachung von Arbeitsförderungsinstrumenten in der Straffälligenhilfe), Konzeptionierung der ehrenamtlichen Bewährungshilfe auf Landesebene, Entwicklung von Mindeststandards in der Jugendgerichtshilfe, Wirkung von ambulanten Maßnahmen nach dem JGG; Standardisierung der Schuldnerberatung in den JVAen; Öffentlichkeitsarbeit der jeweiligen Fachbereiche (Planungen für Veranstaltungen, Printveröffentlichungen und Internetauftritte), Fortentwicklung des Täter-Opfer-Ausgleichs u. a. durch Beantragung einer EU Projektförderung.

Der Geschäftsführer führte Einzelkonsultationen mit mehreren Mitgliedseinrichtungen zu den folgenden Themen durch: Förderpraxis des Justizministeriums, Konzeptionsentwicklung Freier Träger in den Bereichen Opferhilfe, Übergangsmangement, ehrenamtliche Straffälligenhilfe, Hilfsangebote für Sexualstraftäter, Fundraising.

2.3 Beratung und Unterstützung der integrierten Beratungsstellen und der regionalen Koordination und Kooperation

Der Landesarbeitskreis „Integrierte Beratungsstellen“ wurde im Berichtszeitraum von der Geschäftsstelle aus koordiniert.

Zentrales Thema des LAK war im Berichtsjahr die Konzeptentwicklung eines verbesserten Übergangsmagements aus Sicht der Freien Träger in Schleswig-Holstein. Der Arbeitskreis wurde zu diesem Zweck im Berichtsjahr um weitere Landesverbandsmitglieder erweitert. Zudem wurden Gespräche mit dem MJAE / MJGI und den Leitungen der Vollzugsanstalten geführt. Im Dezember 2009 hat der LAK dem MJGI über den Landesverband ein umfassendes Angebot zur Übernahme des Fallmanagements am Übergang von der Haft in die Freiheit für diejenigen Gefangenen in Schleswig-

Holstein, die nach ihrer Entlassung nicht von der Bewährungshilfe / Führungsaufsicht oder in anderen Intensivmaßnahmen betreut werden, gemacht.

2.4 Mitwirkung bei der fachlichen Fortentwicklung der Straffälligenhilfe in Schleswig-Holstein

Der Geschäftsführer, wie auch mehrere Vorstandsmitglieder in ihren jeweiligen beruflichen Funktionen nahmen regelmäßig an den Sitzungen des Landesbeirats für Bewährungs- und Straffälligenhilfe teil.

Es fanden regelmäßige Gespräche mit dem Partnerverband „Forum Hamburger Strafvollzug“ statt.

Es wurden Gespräche zur Stärkung der Opferhilfe in Schleswig-Holstein geführt sowie die Gründung der Landesstiftung Opferschutz kritisch begleitet. Unter Mithilfe eines Praktikanten der PH Flensburg konnte eine vorläufige Bestandsaufnahme der Opferhilfeeinrichtungen in Schleswig-Holstein erstellt werden.

Der Internetauftritt des Landesverbands unter www.soziale-strafrechtspflege.de wurde von Zeit zu Zeit mit aktuellen Informationen und Terminen aus der sozialen Strafrechtspflege in Schleswig-Holstein versorgt. Durch das Engagement eines ehrenamtlichen Helfers konnte der Auftritt komplett überarbeitet und in neuer Gestaltung veröffentlicht werden.

An der Umsetzung des Konzepts für eine landesweite Struktur einer begleiteten ehrenamtlichen Bewährungshilfe wurde in Kooperation mit freien Trägern, mit der hauptamtlichen Bewährungshilfe sowie der Fachabteilung des Justizministeriums weiterhin gearbeitet.

Über den gesamten Berichtszeitraum hinweg beschäftigte sich, wie schon in den Vorjahren, der Vorstand mit der Thematik einer zeitgemäßen Förderung von Maßnahmen Freier Träger durch das Justizministerium. Konsens unter den Freien Trägern ist es, dass die gegenwärtigen Förderrichtlinien und ihre Ausgestaltung einer effektiven und effizienten Arbeit sowohl im Sinne der Klienten als auch im Sinne des Landeshaushalts nicht gerecht werden.

Der Vorstand diskutierte Initiativen der Jugendämter, sich auf Mindeststandards für die Jugendgerichtshilfe in Schleswig-Holstein zu einigen.

Im Rahmen von Anhörungen des Schleswig-Holsteinischen Landtags wurde vom Landesverband eine schriftliche Stellungnahme zur Großen Anfrage der FDP „Gerichte und Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein“ (Drucksache 16/2052) abgegeben. Ferner wurde gegenüber dem Justizministerium Stellung zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in Schleswig-Holstein – Untersuchungshaftvollzugsgesetz – (UVollzG)“ genommen.

Gemeinsam mit dem Leiter der Abteilung Strafvollzug und Freie Straffälligenhilfe des MJGI, Johannes Sandmann, referierte der Geschäftsführer auf einer Veranstaltung der DBH in Frankfurt zu den Entwicklungen bzgl. eines neuen Übergangsmanagements vom Strafvollzug in die Freiheit in Schleswig-Holstein.

Ein ähnlicher Vortrag wurde vom Geschäftsführer gemeinsam mit Dr. Bublies / MJGI auf einer Veranstaltung des Strafvollzugsamtes in Hamburg gehalten.

Als Teil einer Fortbildung von Schöffen in der Justizvollzugsschule Neumünster wurde die Arbeit des Landesverbands präsentiert.

Im Rahmen der Beantragung eines EU geförderten XENOS – Projektes beteiligte sich der Landesverband an den Planungen des MJAE / MJGI zur Schaffung von Stellen für berufliche Integrationsbegleiter am Übergang von der Haft in die Freiheit in Schleswig-Holstein

2.5 Durchführung der jährlichen Fachtagung zur Fortentwicklung der Straffälligenhilfe in Schleswig-Holstein

Am 26.10.2009 fand die Fachtagung des Landesverbands im Kieler Landeshaus mit dem Titel „Opfer im Blickpunkt. Die Praxis der Hilfe für Opfer von Straftaten in Schleswig-Holstein und ihre Bedeutung für die Straffälligenhilfe“ mit 149 Teilnehmer/innen statt. Neben dem Hauptreferenten Prof. Dr. Heribert Ostendorf waren Fachleute aus unterschiedlichen Bundesländern und aus Großbritannien mit Vorträgen beteiligt. Während der Veranstaltung äußerten sich unter der Moderation des NDR – Journalisten Burkhard Plemper Politiker/innen aller Landtagsparteien zu ihren aktuellen justiz- und kriminalpolitischen Vorstellungen. Die Veranstaltung wurde im Fernsehen des Offenen Kanal Kiel dokumentiert. Zum zweiten Mal wurde im Rahmen der Fachtagung der mit 5.000 EUR dotierte Stiftungspreis „Arbeit für Straffällige“ verliehen. Der stv. Staatssekretär Johannes Sandmann, der geschäftsführende Direktor der Landesarbeitsagentur Nord, Jürgen Goecke und der stv. Hauptgeschäftsführer der IHK zu Kiel, Rainer Bock, übergaben den Preis gemeinsam mit Stiftungsvorstand Emil Schmalfuß an den Preisträger CVJM auf der Vogelfluglinie (siehe www.stiftung-straffaelligenhilfe-sh.de).

2.6 „Zeitschrift für soziale Strafrechtspflege“ (vormals „Rundbrief Straffälligenhilfe“)

Im Januar des Berichtsjahres wurde die Zeitschrift Nr. 45 mit dem Titel „Sexuell grenzverletzende Minderjährige; Diagnose-, Prognose-, und Behandlungsansätze; Praktische Hilfen in Schleswig-Holstein“ fertig gestellt. Im Heft werden Beiträge der Fachtagung am 10.03.2008 in Neumünster (s. o.) ergänzt um weitere für die sozialpädagogische Praxis in Schleswig-Holstein relevante Inhalte zum Umgang mit sexuell devianten Kindern und Jugendlichen.

Im Mai 2009 erschien die Zeitschrift Nr. 46 mit dem Titel „Der Umgang mit Mehrfach- oder Intensivtätern; Kriminologische Einschätzungen und praktische Behandlungsansätze in einem medial inszenierten und wahltaktisch genutzten Problemfeld“. Die Zeitschrift greift die während der Fachtagung 2008 zum Thema gehaltenen Referate auf, ergänzend enthält sie einen Bericht über das Projekt „Gefangene helfen Jugendlichen in Schleswig-Holstein“.

2.7 Übergeordnete Tätigkeiten

Der Landesverband war durch seine zweite Vorsitzende Anja Holthusen im Kuratorium der Stiftung Straffälligenhilfe Schleswig-Holstein vertreten.

Das Vorstandsmitglied Britta Behr fungierte bis zum 25.09.2009 als Vertreterin des Landesverbands im Präsidium des Bundesverbandes DBH, .

Der Geschäftsführer nahm im Rahmen der bundesweiten Vernetzung an der jährlichen Mitgliederkonferenz des Bundesverbands DBH in Köln sowie an der Bundestagung mit Mitgliederversammlung in Berlin teil.

Das seit dem 01.08.2007 gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteinischen Justizministerium und der NGO RASSVET (Russland) durchgeführte und durch die Aktion Mensch geförderte Projekt zur Vermeidung und Verkürzung geschlossener Unterbringung von Kindern und Jugendlichen im Oblast Archangelsk / Russland wurde im Berichtsjahr planmäßig abgeschlossen.

Mit den oben genannten Partnern sowie der Stadtverwaltung Archangelsk und dem Förderverein für Soziale Arbeit in Osteuropa ist das 2008 begonnene, EU geförderte Projekt zur Haftvermeidung und Haftverkürzung für Jugendliche und Heranwachsende im Oblast Archangelsk weitergeführt worden. Die Projektdauer beträgt zwei Jahre, das Budget rund 300.000 EUR. Als Mutterschaftsvertretung für die Projektmanagerin, Dr. Susanne Rieckhof, wurde ab 20.07.09 Mareike Ahnemann in Vollzeit eingestellt.

Gemeinsam mit dem Justizministerium, der Fachhochschule Kiel und Partnern aus Großbritannien, Estland, Ungarn und den Niederlanden ist im Sommer des Berichtsjahres bei der EU in Brüssel ein weiteres internationales Projekt beantragt worden. Es geht hier um die Fortentwicklung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Richtung „Restorative Justice“ mit wissenschaftlicher Begeleitung und unter Beteiligung von Praktikern und Entscheidungsträgern aus dem Bereich der Justiz, der Staatsanwaltschaften, der Polizei und von Freien Trägern.

Im Herbst des Berichtsjahres ist zudem ein Vorantrag auf Förderung bei der Delegation der Europäischen Kommission in Moskau, gemeinsam mit dem Justizministerium und Partnern aus den russischen Gebieten Archangelsk, St. Petersburg, Vologda und Ryasan, gestellt worden. Zugrunde liegt eine Ausschreibung der EU zur Stärkung der thematischen Netzwerkbildung unter Beteiligung der russischen Bürgergesellschaft. Zur Realisierung dieses Projektes wurde mit Hilfe von Mitteln aus dem Europaministerium eine zweitägige Partneranbahnungskonferenz in Moskau abgehalten.

Zur nachhaltigen Entwicklung der internationalen Projekte des Landesverbands besuchte der Geschäftsführer im Frühjahr des Berichtsjahres eine Tagung des europäischen Bewährungshilfedachverbandes CEP in Großbritannien. Es wurden dem MJAE / MJGI darauf hin auf Grundlage internationaler Beispiele Vorschläge für ein strukturiertes Drittmittelfundraising im Justizbereich des Landes Schleswig-Holstein unterbreitet.

Anlässlich der DBH Jahrestagung in Berlin referierte der Geschäftsführer gemeinsam mit Johannes Sandmann (MJAE / MJGI) über die internationalen Justizprojekte des Landes Schleswig-Holstein.

Im Rahmen einer Prüfung der Maßnahmen der Straffälligenhilfe und des Opferschutzes der Abt. 2 des Justizministeriums durch den Landesrechnungshof wurde auch der Landesverband durch die Mitarbeiter Henningsen und Zierkmann über einen Zeitraum von drei Arbeitstagen geprüft. Es wurden die Aufgabenerfüllung gemäß Förderrichtlinien und eine ordnungsgemäße Buchführung bestätigt.

Aufgrund einer Eigenbedarfskündigung des langjährigen Vermieters ist zum 01.12.2009 ein Umzug der Geschäftsstelle in die Nähe des Kieler Hauptbahnhofs erfolgt. Die Bürogemeinschaft mit der Stiftung Straffälligenhilfe bleibt bestehen, sie ist um das TOA Büro für den LG-Bezirk Kiel der AWO Schleswig-Holstein erweitert worden.

Ein wesentlicher Arbeitsaufwand für die Geschäftsstelle bestand weiterhin in der Begründung und Verwaltung der Förderung der eigenen Aktivitäten gegenüber dem MJAE. V. a. zum Jahresende 2009 nahm, auch wegen der umzugsbedingten, außerplanmäßigen Kosten, die Beschäftigung mit Fragen der Finanzverwaltung wiederum einen sehr starken Raum ein.

3. Perspektiven

Um die geringen zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen des Landesverbands für die inhaltliche Arbeit optimal nutzen zu können, ist weiterhin eine Verringerung des Selbstverwaltungsaufwandes aufgrund von Vorgaben aus dem MJGI dringend notwendig.

Um die Bereicherung der Fachdiskussion durch den Landesverband im Sinne einer sozialen Strafrechtspflege sichern und fortentwickeln zu können, bedarf es zudem einer auch insgesamt besseren

Personalausstattung, also eines höheren Gesamtetats und einer angemessenen Eingruppierung des Fachpersonals, die im institutionell geförderten Bereich der Vereinsaktivitäten im Berichtsjahr nicht gegeben war.

Eine Stärkung der Landesverbandsaktivitäten soll weiterhin durch die Projektträgerschaft für internationale Projekte, aber auch durch die Übernahme weiterer Aufgaben des Landes Schleswig-Holstein erfolgen.

Kiel, den 31.03.2010

Der Vorstand

i. A. Jo Tein (Geschäftsführer)